86. Begründet schon der Umstand allein, daß jemand einem mit der Unterschrift eines anderen versehenen Papiere ohne dessen Willen oder dessen Anordnung zuwider durch Ausfüllung einen urkundlichen Inhalt giebt (St.G.B. §. 269), den Thatbestand der Urkundenfälschung, oder müssen die übrigen Merkmale aus §§. 267 und 268 das hinzutreten?

Vgl. oben Nr. 64.

II. Straffenat. Ur. v. 18. Januar 1881 g. B. Rep. 3353/80.

I. Strafkammer bei dem Amtsgericht Sorau.

Aus den Gründen:

„Die behauptete Verletzung des §. 266 St.B.D. ist darauf gerichtet, daß die gesetzlichen Merkmale der strafbaren Handlung, welche aus den für erwiesen erachteten Thatfachen hergeleitet werden, nicht angegeben seien, und fällt insofern mit der behaupteten Verletzung der §§. 267. 268 und 269 St.G.B.'s zusammen, welche in der Anwendung dieser Gesetze gefunden wird, obschon die gesetzlichen Merkmale des darin vorgeseheneu Deliktsthatbestandes nicht feststünden.

Die Strafkammer hat als erwiesen angenommen, daß der Angeklagte im Oktober 1879 zu T. einem mit der Unterschrift des Schankwirts Gustav H. und dessen Ehefrau versehenen Papier ohne deren Willen und in der Absicht sich einen Vermögensvorteil zu verschaffen einen urkundlichen Inhalt dahin gegeben hat:

10 Rthlr.

„In Worten 10 Thaler oder dreißig Mark hat mir Herr B. aus T. geliehen und verspreche diese Summe in zwei Monaten, also den 1. Jänner 1880 ohne jeden Einwand wieder auszusahlen, und bekenne obenstehendes durch meines Namens Unterschrift.“

Auf diesen Thatbestand sind die §§. 267, 268 und 269 St.G.B.'s ohne weiteres zur Anwendung gebracht, dabei jedoch unterlassen worden zum Ausdruck zu bringen, inwiefern auf denselben die sämtlichen Merkmale zutreffen, welche jene Gesetze für die Strafbarkeit des darunter fallenden Verbrechens der Urkundenfälschung erfordern. Es ist nicht ersichtlich gemacht, ob eine rechtswidrige Absicht des Angeklagten vorgelegen, welche mit der Absicht, sich einen Vermögensvorteil zu verschaffen, nicht notwendig zusammenfällt, da die Rechtswidrigkeit dieses Vermögensvorteils nicht festgestellt ist; es ist ferner nicht festgestellt, daß das auf die angegebene Weise hergestellte Schriftstück zum Beweise von Rechten und Rechtsverhältnissen von Erheblichkeit war und vom Angeklagten zum Zwecke der Täuschung davon Gebrauch gemacht worden ist, was insofern wesentlich war, als der §. 269 es nur der fälschlichen Anfertigung einer Urkunde gleich achtet, wenn jemand einem mit der Unterschrift eines anderen versehenen Papier ohne dessen Willen oder dessen Anordnung zuwider durch Ausfüllung einen urkundlichen Inhalt giebt, daher, da die fälschliche Anfertigung einer Urkunde für sich allein das Verbrechen der Urkundenfälschung nicht erfüllt, die übrigen Merkmale aus §§. 267 und 268 noch hinzutreten müssen.“